

barg nach diesen grundsätzlichen Klärungen ein geringeres Maß an Brisanz. Das Hauptreferat von Prof. *Julio Manzanares* (Salamanca) enthielt u. a. eine gründliche Untersuchung der Vorgeschichte von can. 753 des neuen CIC, welcher die Lehrautorität der „coniunctim“ in der Konferenz handelnden Bischöfe feststellt. Wie auch im Korreferat von Prof. *Ricardo Blasquez* (Salamanca) wurde in den Diskussionen der Sprachgruppen die theologische Begründung einer spezifischen, jedoch nicht unfehlbaren Lehrautorität der Bischofskonferenz bejaht, insoweit diese als Kollegium einmütig handelt und eine entsprechende Autorität beansprucht. Gleichzeitig wurden aber auch die Grenzen betont: Keine besondere Lehrautorität können die vielfältigen Äußerungen von Organen und Kommissionen einer Bischofskonferenz beanspruchen. Derartige Beratungen unter Einfluß von Experten und u. U. unter Heranziehung von Vertretern diözesaner Gremien sind zwar außerordentlich nützlich, da sie das kompetentere Studium angehender Fragen ermöglichen. Aber bei zu vielen Fragen und Problemen, die die Gemeinschaft der Gläubigen betreffen und beschäftigen, ist schon von der Natur der Sache her keine Einmütigkeit zu erwarten. Deutlich wurde überdies die Warnung ausgesprochen,

daß Bischofskonferenzen und ihre Gremien durch eine all zu große Häufigkeit von Verlautbarungen in Gefahr stehen, deren Gewicht zu entwerten.

Regulativ zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung

Daß das erstmals in der Enzyklika ‚*Quadragesimo Anno*‘ (1931) für das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuum formulierte Subsidiaritätsprinzip zumindest in analoger Form auch auf die Sozialgestalt der Kirche anwendbar ist, erscheint seit der ersten diesbezüglichen Äußerung von drei Päpsten, von zahlreichen Bischöfen auf dem Konzil und auf verschiedenen Bischofssynoden und nicht zuletzt als expliziter Grundsatz bei der Revision des kirchlichen Gesetzbuchs CIC; erst auf der Bischofssynode von 1985 wurde seine Anwendbarkeit von einigen Angehörigen der römischen Kurie in Frage gestellt. Dies verdeutlichte eine umfassende Aufarbeitung der Diskussion durch Prof. *Joseph A. Komonchak* (Washington). Daß es hier wohl weniger um einen Prinzipienstreit als um den Unmut geht, der aus der durch die modernen Kommunikationsmittel

möglich gewordenen, immer intensiveren Zentralisierung der Römischen Kirche und den Reaktionen der Regional- und Ortskirchen darauf erwächst, machten soziologische Analysen von Prof. *Liliane Voyé* (Louvain) und dem Berichtersteller deutlich. Die eigentliche Problematik scheint nicht im Grundsatz der Subsidiarität, sondern in seiner Anwendung zu liegen. Wird er jedoch mit O. v. Nell-Breuning primär als Beweisregel verstanden – die höherrangige Instanz hat ihre Zuständigkeit zu begründen, im Zweifel ist die kleinräumigere und individuumsnähere Instanz zuständig –, so erscheint das Prinzip auch unter komplexen Bedingungen gleichzeitiger Zentralisierung und Dezentralisierung anwendbar.

Die ökumenische Dimension der Problematik stand im Zentrum des letzten Verhandlungstages. Die Referate des lutherischen Bischofs von Oslo, *Andreas Aarflot*, des Metropoliten von Pergamon, *Jean Zizoulas* und des anglikanischen Kanonikus *Roger Greenacre* (Chichester) boten differenzierte Kommentare zu den Beratungen und machten insbesondere deutlich, wie sehr das den Diskussionsergebnissen zugrunde liegende Verständnis der Universalkirche als einer *communio ecclesiarum* eine Annäherung der nicht-römischen Kirchen erleichtert. F. X. K.

Pragmatismus statt Ideologien

Frankreich vor den Präsidentschaftswahlen

Am 24. April findet in Frankreich der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen statt, zwei Wochen später folgt am 8. Mai die Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten. Unser Pariser Mitarbeiter Alfred Frisch skizziert die gegenwärtige politisch-ideologische Stimmungslage in unserem Nachbarland und die Positionen der Parteien und Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf.

Der Wahlkampf findet diesmal in einem völlig anderen Klima statt als 1981. Damals stand nach den Ankündigungen der beiden maßgebenden Kandidaten, des erfolg-

reichen *François Mitterrand* und des unterlegenen früheren Staatschefs *Valéry Giscard d'Estaing*, das französische Gesellschaftssystem auf dem Spiel. Der Sieg des Sozialisten Mitterrand beendete nicht nur eine 23jährige ununterbrochene Periode der Macht der Gaullisten und ihrer mehr oder weniger liberalen Koalitionspartner, die nach den Vorstellungen Giscard d'Estaings Frankreich in der Mitte regieren sollten, sondern war darüber hinaus der Beginn einer neuen Epoche des humanistischen Sozialismus französischer Prägung. Das Schwergewicht lag deutlich bei der *sozialistischen Doktrin*. Wenn auch etwas

unklar definiert, verband sie den Wunschtraum vom neuen Menschen mit einer kraftvollen staatlichen Ordnung, die ein Höchstmaß sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit mit einem nicht geringeren Maß individueller Freiheit zu vereinbaren versprach. Die wichtigsten der über hundert Programmpunkte des Kandidaten Mitterrand waren massive staatliche Interventionen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, der Aufbau einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung durch die Verstaatlichung der großen Industrie- und Finanzgruppen, die zunehmende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Führung der Betriebe, die Verstaatlichung der religiösen Schulen, die Organisation der Freizeit durch Förderung des Vereinswesens und ähnliches mehr.

Die Gegenseite fühlte sich zur Verteidigung der bestehenden und in ihrer Optik bedrohten Gesellschaftsordnung verpflichtet, wobei sie versuchte, ihr einen sozialeren Anstrich zu geben. Der *sozialistischen Reformwelle* setzte sie das in Frankreich stets eher Theorie gebliebene liberale Glaubensbekenntnis entgegen und stellte weniger Staat in Aussicht, nachdem sie selbst den Dirigismus auf die Spitze getrieben hatte. Die Sozialisten verhielten sich nicht weniger paradox: Ihrer Tradition gemäß verkündeten sie die Zurückdrängung der Staatsautorität durch Dezentralisierung, vermehrte Eigenverantwortung der Bürger und Ausweitung des Freiheitsraumes, ihr Programm mußte jedoch die Allmacht des Staates noch steigern, zumal die Einstellung von 200 000 zusätzlichen Beamten ihre wichtigste Sofortmaßnahme gegen die Erwerbslosigkeit war. Es standen sich zwei Welten, zwei Ideologien gegenüber, die sich gegenseitig leidenschaftlich bekämpften.

Das politische Klima ist entideologisiert

All dies ist heute für viele Wähler völlig überholt. Ideologie und Leidenschaft sind aus der politischen Landschaft verschwunden. Der sich selbst noch als Sozialist bezeichnende Soziologe *Alain Touraine* spricht von einer massiven Zurückweisung der Politik, die die Franzosen nur noch sehr beschränkt beschäftigte. Nach einer von der linken Wochenzeitung „Nouvel Observateur“ veröffentlichten Meinungsbefragung stellten 91% der erfaßten Franzosen in einer Werteliste die Familie an die Spitze. Für die Arbeit sprechen sich 75% aus, für die Ehe 73%, für das Vaterland 70%, für die Religion immerhin noch 50%, für politische Ideale dagegen nur 35%. 91% haben zu den Ärzten Vertrauen, 80% zu den Lehrern und den Gendarmen, aber nur 24% zu den politischen Parteien. Wenn auch derartige *Sondierungen der Volksseele* mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen, geben doch die genannten Zahlen in großen Zügen die allgemeine Stimmung wieder.

Es wäre allerdings falsch, vom Fehlen politischer Leidenschaften in diesem Wahlkampf auf Interesselosigkeit der Bürger zu schließen. Nach den bisherigen Umfragen ist

erneut mit einer recht hohen Wahlbeteiligung zu rechnen. Die Beteiligung vorwiegend in kleineren Provinzstädten an improvisierten und nicht von den Apparaten mit großen Werbetrommeln und Buskolonnen inszenierten Wahlversammlungen ist durchaus befriedigend. Die Bürger wollen sich informieren, sie hören zu, spenden nur spärlich Beifall und stellen kaum Fragen. Die Spekulationen und hintergründigen Erwägungen der sich häufig im Kreise drehenden politischen Welt des Pariser Mikrokosmos lassen sie allerdings völlig gleichgültig. In ihrem Alltag nimmt die Politik nur einen bescheidenen Raum ein.

Die Kandidaten tragen dieser *Entideologisierung des politischen Klimas* sorgfältigst Rechnung. Als im Februar die sozialistische Lehrgewerkschaft auf ihrem Jahreskongreß ihrer langen Tradition gemäß wieder gegen die staatliche Finanzierung der privaten, vorwiegend katholischen Schulen Stellung nahm, wurde sie sofort von der Partei zurückgepfiffen, denn ein Wiederaufleben des Schulstreites (vgl. HK, Januar 1984, 8 ff) wäre höchst unzeitgemäß und würde die Linke in der öffentlichen Meinung in ein schiefes Licht rücken. Die rechtsextreme *Nationale Front* Le Pens hätte eigentlich der nationalistischen Tradition treu bleiben müssen. Ihre Parole lautet zwar, wie in alten Zeiten, „Frankreich den Franzosen“, meint aber nur diejenigen Einwanderer, die sich in die französische Nation nicht eingliedern wollen oder können, d. h. die Nord- und Schwarzafrikaner. Daneben ist Le Pen Anhänger einer weitreichenden europäischen Einigungspolitik unter Verzicht auf die nationale Souveränität. Damit kehrt er der Ideologie den Rücken, die noch vor rund zehn oder zwanzig Jahren die äußerste Rechte des Bürgertums mobilisierte. Ebenso sorgfältig vermeiden es die *Sozialisten* – von wenigen Ausnahmen abgesehen –, sich auf den Marxismus zu berufen.

Der *Niedergang der Kommunisten* dürfte sich in nicht geringem Maß durch diese Entideologisierung des politischen Lebens erklären. Ihnen ist es versagt, sich von ihrem marxistisch-leninistischen Dogma zu lösen, schon weil es weiterhin zum sowjetischen Modell gehört, mit dem sie sich eng verbunden fühlen. Die abtrünnigen Reformer, die das ehemalige Politbüromitglied *Pierre Juquin* als Kandidat im Wahlkampf vertreten will, werfen der Partei zu Recht vor, an den Realitäten der Gesellschaft vorbeizugehen. Sie verliert jedoch ihre Identität, wenn sie die jetzigen sozialen Strukturen zur Kenntnis nimmt, auf den Klassenkampf verzichtet und damit auch auf die revolutionäre Veränderung eines Gesellschaftssystems, mit dem sich das in das Kleinbürgertum aufgestiegene Proletariat verbunden fühlt. Wie sollten sie sich dann noch von den Sozialisten unterscheiden? Die Kommunisten klammern sich an zwei Hoffnungen oder Illusionen: den Zusammenbruch des „Kapitalismus“ und den überzeugenden Triumph des durch die Sowjetunion verkörperten Sozialismus. Inzwischen wandern ihre Wähler ab, wohl überwiegend zu den Sozialisten, daneben aber auch zur äußersten Rechten.

Das sozialistische Experiment scheiterte

Die grundlegende Veränderung des politischen Klimas seit 1981 ist weitgehend eine Folge des kaum noch bestrittenen *Fehlschlages des sozialistischen Experiments* (vgl. HK, Dezember 1983, 545 ff.). Es scheiterte nicht nur an den wirtschaftlichen Zwängen, sondern auch infolge einer falschen Analyse der Gesellschaftsstruktur. Unmittelbar nach seiner Wahl versicherte Mitterrand, zum ersten Mal stimme die politische Mehrheit mit der soziologischen überein. Er bewegte sich hiermit auf einer marxistischen Bahn, was er nicht leugnete. Trotz seiner tief verwurzelten antikommunistischen Grundeinstellung bezeichnete er sich in einem Fernsehinterview sogar als Marxist. Er glaubte jedenfalls 1981, er sei gewählt worden, um der französischen Gesellschaft ein neues rosiges soziales Gesicht zu geben. Tatsächlich ging es dem ausschlaggebenden Prozentsatz der Wähler nach einem 23jährigen gaullistisch-liberalen Monopol aber lediglich um einen *Machtwechsel*. Ebenso wie die Kommunisten übersah Mitterrand den überwiegend kleinbürgerlichen Charakter der französischen Gesellschaft, die den größten Teil des Proletariats aufgesaugt hatte und über die Parteischranken hinweg weit eher konservativ als revolutionär geworden war.

Die *Verstaatlichungsaktion* stieß selbst bei der damals prosozialistischen Linksgewerkschaft CFDT auf ein schwaches Echo, weil eine lange Erfahrung den französischen Arbeitnehmer gelehrt hatte, daß der Staat ein härterer und widerstandsfähiger Arbeitgeber ist als der private Unternehmer. Die von der Regierung Chirac eingeleitete Privatisierung stieß daher auf keinen erwähnenswerten Widerstand. Kaum jemand in der sozialistischen Partei erwägt, sie wieder rückgängig zu machen. Der sozialistische Präsidentschaftsanwärter *Michel Rocard* erklärte sogar offen, sie fortsetzen zu wollen. Die ebenfalls 1986 erfolgte Abschaffung der von den Sozialisten eingeführten *Vermögenssteuer* ging nicht weniger glatt über die Bühne, hauptsächlich weil fast jeder Franzose Vermögen ansammeln will und mißtrauisch wird, sobald die Steuerbehörde versucht, etwas stärker in seine private Sphäre einzudringen, auch dann, wenn er von ihr selbst nicht das geringste zu befürchten hat.

Die im Eiltempo erfolgte Verwirklichung des wirtschafts- und sozialpolitischen Programmes des sozialistischen Präsidenten führte bereits nach achtzehn Monaten in eine bedrohliche Sackgasse und im Frühjahr 1983, rund zwei Jahre nach dem geplanten großen Wandel, zur *radikalen Kehrtwendung*. Nach einigem Zögern überzeugte sich Mitterrand von der Notwendigkeit der weiteren Verankerung Frankreichs in der Europäischen Gemeinschaft und damit auch der Anpassung seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik an die dort geltenden Regeln. Der Sozialismus wich den internationalen Zwängen und den Erfordernissen eines sinnvollen Gleichgewichts. Rentabilität und Profit der Unternehmen erfreuten sich

über Nacht einer demonstrativen Rehabilitierung, während der Staat sich um die Eindämmung des sowohl bürokratischen wie politischen Dirigismus ehrlich bemühte. Die durch den Wechsel der parlamentarischen Mehrheit im März 1986 erforderlich gewordene „Cohabitation“ des sozialistischen Präsidenten mit einem gaullistischen Premierminister und einer liberal-konservativen Koalition widersprach völlig der bisher als landläufig betrachteten Spaltung Frankreichs in zwei, wenn nicht feindliche, so doch politisch grundlegend verschiedenartige Lager. Den Sozialisten war nur eine beschränkte Opposition gestattet, denn sie hatten auf Präsident Mitterrand Rücksicht zu nehmen. Sehr deutlich hatte er sich für Außenpolitik und Verteidigung das letzte Wort vorbehalten. Die Entscheidungen der Regierung in diesen Bereichen mußten daher seine Billigung finden und konnten von den Sozialisten nicht beanstandet werden.

Einebnende „Cohabitation“

In der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* wahrte zwar der Präsident sichtbar Abstand gegenüber der Regierung, der er sich aber nicht zu widersetzen vermochte, sobald sie sich auf ihre parlamentarische Mehrheit berufen konnte. Seine Opposition hielt sich jedoch in engen Grenzen, schon weil es seinem eigenen Interesse entsprach, die Vaterschaft für den von Chirac eingeschlagenen Wirtschaftskurs zur Wiederherstellung der großen Gleichgewichte zu beanspruchen. Eine weitgehende Übereinstimmung ließ sich auch bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit nicht vermeiden. Chiracs Innenminister *Charles Pasqua* verhielt sich energischer und zielbewußter als seine sozialistischen Vorgänger, indem er die enge europäische Kooperation der Polizeibehörden und der Nachrichtendienste nicht theoretisch-ideologischen Erwägungen über das Asylrecht unterordnete. Er sorgte ferner für die energische Mobilisierung aller Polizeidienste. Die in den letzten zwei Jahren erzielten Erfolge, die Liquidierung der linksextremen „Action directe“, die Neutralisierung der baskischen Terroristen und die Verhinderung neuer nahöstlicher Terrorakte durch wesentlich verschärfte Kontrollen, ließen Mitterrand für die Kritik nur geringen Spielraum, wenn er nicht gegen den Strom schwimmen wollte. Die französische Intervention im *Tschad* war ebenfalls die Fortsetzung seiner eigenen Politik.

Lediglich in *Neukaledonien* ging die Regierung andere Wege, aber die sich daraus ergebende Meinungsverschiedenheit war zu gering, um echte Zweifel an der Kontinuität und am nationalen Konsens aufkommen zu lassen. In der *Europapolitik* mußten die beiden Protagonisten bis zum letzten Augenblick am gleichen Strang ziehen. Mit Recht waren sie der Überzeugung, daß die öffentliche Meinung von ihnen einen uneingeschränkten Einsatz zugunsten des europäischen Aufbaus erwartet und sie infolgedessen im Erfolg wie im Fehlschlag solidarisch sind. Für den überwiegenden Teil der Franzosen ist heute

keine außenpolitische Entwicklung und keine Zukunftsvision ohne eine starke deutsch-französische Verflechtung und eine intensive europäische Kooperation vorstellbar, weder in der Wirtschaft noch in der Außenpolitik und der Verteidigung.

Verteidigungspolitische Ungewißheiten

Der *verteidigungspolitische Konsens* zwischen Präsident und Regierung wurde allerdings in den letzten sechs Monaten durch einige Unstimmigkeiten und Ungewißheiten geschwächt. Eher unerwartet wirkte plötzlich Mitterrand dem von dem sozialistischen Verteidigungsminister *Charles Hernu* eingeleiteten und von der jetzigen Regierung fortgesetzten Annäherungsprozeß an die Nato entgegen, indem er deren noch gültige, wenn auch umstrittene strategische Doktrin der flexiblen Reaktion schroff ablehnte und sich auf die altgaullistische Position der massiven Abschreckung zurückzog, obwohl sie ohne Zweifel de Gaulle selbst in der heutigen Lage aufgegeben hätte. Vorher hatten der jetzige Verteidigungsminister *Giraud* sehr eindeutig und Premierminister Chirac vorsichtiger in einer verteidigungspolitischen Programmrede der weiterhin unabhängig bleibenden französischen Atomstreitkraft die Mission zugesprochen, in der Natostrategie die durch den INF-Vertrag ausfallenden amerikanischen Raketen der Reichweite von über 500 Kilometer zu ersetzen. Bereits vor dem Machtwechsel hatte Mitterrand durch einen rein persönlichen Beschluß und ohne die Billigung der verantwortlichen hohen Militärs die taktischen Atomwaffen in „prästrategische“ verwandelt, damit sie auf keinen Fall als Gefechtsfeldwaffen betrachtet, sondern nur als letzte Warnung eingesetzt werden können. Niemand weiß vorläufig in Frankreich, was konkret unter dieser „letzten Warnung“ zu verstehen ist, noch wie sich die Vorstellungen Mitterrands mit den französischen Beistandsverpflichtungen gegenüber den europäischen Partnern auf Grund des Vertrages der Westeuropäischen Union (WEU) vereinbaren lassen. Die von der WEU Ende Oktober 1987 verabschiedete Plattform der europäischen Sicherheit übernimmt ausdrücklich die automatische Beistandsklausel des Vertrages, betont die Notwendigkeit des Verbleibens eines atomaren Abschreckungspotentials in Europa und sieht mehr als indirekt seinen Einsatz im Ernstfall vor.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß Mitterrand diese *WEU-Plattform* in keiner seiner Ansprachen erwähnte. Das französische Garantieversprechen wurde von ihm stets viel loser formuliert als vom Premierminister und dem Verteidigungsminister. Er ließ außerdem in privaten Gesprächen wissen, daß er persönlich auf die prästrategischen Atomwaffen verzichten könnte, d. h. einer dritten Null-Lösung nicht unbedingt ablehnend gegenübersteht. Dies hinderte allerdings die französische Regierung nicht daran, die Verlängerung der Reichweite der Atomrakete Hades und einer Luft-Boden-Rakete bis zu 480 Kilometer konkret vorzubereiten. In der atlantischen Diskus-

sion und auch gegenüber dem deutschen Bundeskanzler vertritt andererseits der französische Außenminister die These, daß es für das Krisenmanagement zur Verhinderung eines Konfliktes einer flexiblen Abschreckung bedarf, d. h. der überzeugenden Fähigkeit, mit dem abgestuften Einsatz von Nuklearwaffen zu drohen.

Mitterrand und Chirac beschlossen allerdings im Februar, ihre unterschiedlichen Ansichten über die Nuklearstrategie innerhalb der Nato und in der innerfranzösischen Diskussion gewissermaßen zu verdrängen, um den verteidigungspolitischen nationalen Konsens nicht zu belasten, zumal beide ein wirkungsvolles gemeinsames europäisches Verteidigungssystem innerhalb der Atlantischen Allianz anstreben. Die dritte Null-Lösung schob Mitterrand bis auf weiteres selbst beiseite, weil er erkannte, daß auf diesem Wege Moskau auch die atomare Rüstungspolitik Frankreichs in Frage stellen will. Eine nicht geringe Rolle spielte wohl daneben das geringe Echo, das er für die von ihm erwogene teilweise Abkehr von der bisherigen Nuklearpolitik in der sozialistischen Partei fand. Deren Generalsekretär *Lionel Jospin* versuchte zwar vorsichtig, ihn zu unterstützen, korrigierte sich aber dann wieder sehr schnell. Weder der rechte noch der linke Flügel der Partei sind gewillt, Mitterrand auf diesem Gelände zu folgen. Es wäre daher erstaunlich, wenn der Wahlkampf den verteidigungspolitischen Konsens erschütterte.

Gedämpfter Liberalismus aber keine Rückkehr zum Sozialismus

Zur Beseitigung der früheren ideologischen Klüfte trug seit Frühjahr 1986 auch das Regierungslager bei. Es erkannte die Grenzen des Liberalismus und bewegte sich in der *Sozialpolitik* mit äußerster Vorsicht. Die für die Verringerung der Erwerbslosigkeit auf die starke Auflockerung des Entlassungsschutzes und die fühlbare Verbesserung der Rendite der Unternehmen gesetzten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Es blieb daher nichts anderes übrig, als zu den früher verurteilten *sozialen Heilmitteln der Erwerbslosigkeit* zurückzukehren. Die Parole „weniger Staat“ büßte einen guten Teil an Zugkraft ein, weil die wirtschaftspolitischen Probleme und die internationalen Zwänge gerade den Staat herausfordern. Zudem erwarten die Bürger auch für ihre Sicherheit, im weitesten Sinne verstanden, unverändert sehr viel vom Staat. Der Präsidentschaftskandidat *Raymond Barre* bemüht sich daher um eine Synthese zwischen einem starken Staat und dem Liberalismus. Er liegt ungefähr auf der gleichen Linie wie sein sozialistischer Gegner. Die Ultraliberalen sind in der Regierungskoalition zur Minderheit geworden.

Die Bürger erwarten vom Ausgang der Wahl keine Wunder und von den Kandidaten keine großzügigen Versprechungen. Sie wissen allzu genau, daß sie nicht eingehalten werden können und die französische Gesellschaft bis auf weiteres gezwungen ist, mit verschiedenartigen Kri-

senerscheinungen und der Arbeitslosigkeit zu leben. Für die Aufgabe der Regierung halten sie es, daß sie für ein Höchstmaß der Stabilität und der inneren Sicherheit sorgt, die Bürokratie einschränkt und endlich in den Dienst der Bürger stellt, den sich ausbreitenden Individualismus gebührend berücksichtigt und sich mit aller Kraft für die Verwirklichung der europäischen Einheit einsetzt. Wenn auch am Wahltag die traditionelle Zugehörigkeit zu den verschiedenen politischen Familien eine maßgebende Rolle spielen wird, ist die große Mehrheit der Franzosen der festen Meinung, daß sich am Kurs ihres Landes kaum etwas ändern wird, wer auch immer als Sieger hervorgehen wird.

Mehrheitlich abgelehnt wird eine etwaige *Rückkehr zum Sozialismus*, so wie er 1981 angekündigt worden war. Dieses Kapitel gilt als abgeschlossen. Die große Popularität Mitterrands in den Meinungsbefragungen erklärt sich zu einem guten Teil durch seine Abkehr vom Sozialismus und seine Bereitschaft, mit politischen Kräften, denen er lange feindlich gegenübergestanden war, einigermaßen konstruktiv zusammenzuarbeiten. Der Präsident, der *über den Parteien* steht und die nationale Einheit wahrt, ist der Wunschtraum vieler Franzosen und auch das Fundament der gaullistischen Verfassung der V. Republik. Die Mehrheit der Franzosen wünscht allerdings keine Fortsetzung des Experimentes der Cohabitation, weil sie darin trotz allem eine Art politischer Akrobatik sieht und in ihren Augen die Stabilität des Landes klare politische Verhältnisse mit deutlichen Trennungslinien voraussetzt.

Geringe Rolle der Parteien

Deswegen wird aber die Cohabitation keineswegs zu einem Wahlkampfthema, an dem sich die politische Leidenschaft entzünden könnte. Die Entscheidung fällt zugunsten oder gegen Persönlichkeiten und nicht aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit. Die politischen Formationen bleiben im Hintergrund und stellen lediglich die Intendanz für den Wahlkampf. Sie besitzen keinen oder nur einen beschränkten Einfluß auf das Programm, mit der einzigen Ausnahme der restlos partei- und doktringebunden Kommunisten. Der ehemalige Premierminister *Raymond Barre* setzt kompromißlos auf seine Unabhängigkeit, wenn er sich auch gerne für die Organisation seiner Versammlungen und die Werbung auf die ihn tragende *Union für die Französische Demokratie* (UDF) stützt. *Chirac* unterbreitete zwar seine großen Richtlinien einer repräsentativen Parteiversammlung mit Delegationen aus dem ganzen Lande, aber eine Diskussion hierüber kam überhaupt nicht in Frage. Die *sozialistische Partei* verabschiedete nach monatelangen, mühevollen Diskussionen in einer über 80 Seiten starken Broschüre ihre „Vorschläge für Frankreich“, die für ihren Kandidaten in keiner Weise bindend sind. Der sehr früh in die Arena getretene *Michel Rocard* verläßt sich auf einen eigenen Stab, der sich weit mehr von der Haltung und den

Wünschen der öffentlichen Meinung leiten läßt als von Empfehlungen der Partei. Nach der gleichen Methode arbeitete ein zweiter Stab für Mitterrand.

Die Wirkung der Persönlichkeiten auf die Wähler hängt in nicht geringem Maße von Zufällen ab. Ein Fernsehduell vermag 2 bis 3 Prozent im letzten Augenblick umzustimmen. Im ersten Wahlgang ist zwischen den beiden Kandidaten des Regierungslagers, *Chirac* und *Barre*, mit einem ebenso knappen Ergebnis zu rechnen wie im zweiten Wahlgang zwischen den beiden im Rennen gebliebenen Anwärtern, die nach der noch gültigen, wenn auch stark vereinfachenden Sprachregelung die Rechten und die Linke vertreten. Nach den lokalen Wahlergebnissen der beiden letzten Jahre schwankt der Anteil der Rechten zwischen 52 und 54%, derjenige der Linken zwischen 46 und 48%. Viel hängt davon ab, in welchem Ausmaße in der Stichwahl die Anhänger des rechtsextremen *Le Pen* für den Mehrheitskandidaten stimmen und wie sich die linientreuen Kommunisten gegenüber den Sozialisten verhalten.

Bemerkenswert ist die *zunehmende Marginalisierung der Kommunisten*. Zum ersten Mal ziehen sie gespalten in einen Wahlkampf. Die Partei vertritt ihr Fraktionsvorsitzender *André Lajoinie*, die abgesprungenen Reformer das ehemalige Politbüromitglied *Pierre Juquin*. Der erste leidet schwer unter der Hypothek eines sturen Dogmas, das ihn zu einer vor 50 oder 60 Jahren üblich gewesenen Sprache zwingt. Die Partei scheint endgültig den Anschluß an die soziologische Entwicklung Frankreichs verloren zu haben. Der zweite, *Juquin*, steht vor der Schwierigkeit darzulegen, worin er sich von den Sozialisten unterscheidet oder zumindest von deren linkem Flügel, der sich noch nicht endgültig vom Marxismus trennen will. Da er außerdem von der kleinen linkssozialistischen Partei und einigen trotzkistischen Gruppen unterstützt wird, muß er sich in seinem Programm, ähnlich wie bei anderen Kandidaten, mit Allgemeinheiten begnügen. *Lajoinie* und *Juquin* schneiden beide in den Meinungsbefragungen sehr schlecht ab. Dem orthodoxen Kommunisten werden höchstens 6 Prozent der abgegebenen Stimmen versprochen, seinem Widersacher 3–4 Prozent. Der intensiven Propaganda der Partei könnte es aber gelingen, ihrem Mann einen gewissen Auftrieb zu geben. Es wäre aber überraschend, wenn er es auf 10% brächte. 1981 erhielt der kommunistische Generalsekretär *Marchais* im ersten Wahlgang noch 15% der Stimmen.

Eine Unbekannte ist in diesem Rennen *Le Pen*. Sein Programm beschränkt sich auf zwei Punkte: Priorität der Franzosen für die Arbeitsplätze und die Sozialleistungen mit sofortiger Rücksendung von 400 000–500 000 Nordafrikanern; Abschaffung der Einkommenssteuer. Die Wirksamkeit derartiger Ziele müßte normalerweise gering sein. *Le Pen* profitiert aber von den in jedem Volke vorhandenen, primitiven Instinkten und von den Protestwählern, die glauben, ohne politisches Risiko die Machthaber auf ihre Unzufriedenheit aufmerksam machen zu

können. Seine Aussichten schwanken zwischen 7 und 11 Prozent der Stimmen. Nicht wenige werden bis zum letzten Augenblick zögern, die Demagogie dem realistischen Verantwortungsbewußtsein vorzuziehen.

Nur vorsichtige Prognosen möglich

Über die Programme der Kandidaten ist wenig zu sagen. Chirac und Barre unterscheiden nur Nuancen. Der Premierminister hat den Vorteil, sich auf seine in großen Zügen positive Regierungspolitik berufen zu können, während Barre zwangsläufig um die Ausstellung eines Blankoschecks ersuchen muß. Der Sozialist nimmt die Vaterschaft der wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik für sich in Anspruch, da sie von einer sozialistischen Regierung eingeleitet wurde und die liberal-konservative Koalition sie lediglich mit einer Reihe von angeblichen oder echten Mängeln fortsetzte. Alle drei Kandidaten sind sehr stark um einen sozialen Anstrich bemüht, auf der rechten Seite mit dem Schwergewicht bei der Familie und den Rentnern, auf der linken Seite mit dem Appell an soziale Gerechtigkeit und Gleichheit. Gemeinsam ist den beiden Lagern ebenso auch die Forderung nach Solidarität, die finanziell unvermeidbar zu Lasten der Bürger geht.

Prognosen lassen sich nur sehr vorsichtig aufstellen. Die Meinungsbefragungen geben die unverbindliche Stimmung eines Augenblicks wieder. Sie erlauben daher keine zuverlässigen Schlüsse auf das Ergebnis. Im ersten Wahlgang hängt der Stimmenanteil des Sozialisten vom relativen Erfolg oder Fehlschlag der beiden Kommunisten ab und von der Anziehungskraft des nicht ganz aussichtslosen Grünen. Barre und Chirac dürften sich ungefähr die Waage halten. Ihr Gewicht hängt von der Stimmzahl Le Pens ab. Die Regierungskoalition ist überzeugend genug geschlossen und um ihre Einheit bemüht, damit in der Stichwahl am 8. Mai ihr verbleibender Kandidat mit der sehr weitgehenden Unterstützung der Wähler des Ausgeschiedenen rechnen darf.

Nach langem Zögern hat sich Mitterrand fast im letzten Augenblick zu einer erneuten Kandidatur entschlossen. Ohne Zweifel geschah dies in der Überzeugung, daß er dank seines persönlichen Ansehens und auch der Anerkennung seiner verantwortungsbewußten Rolle während der schwierigen Cohabitation mit hinreichender Gewißheit nicht das Risiko eines Fehlschlages eingeht. Nichts ist jedoch wankelmütiger als die Gunst des Volkes, und bei dem gegebenen Kräfteverhältnis vermag niemand den Ausgang eines von seinen Gegnern hart geführten Wahlkampfes vorauszusagen.

Alfred Frisch

„Sollicitudo rei socialis“ in entwicklungspolitischer Sicht

Fragen an Theodor Dams

Die jüngste Enzyklika Johannes Pauls II. unterscheidet sich methodisch und in der inhaltlichen Zuspitzung der Argumentation mannigfach von früheren Sozialenzykliken. Sie wirft viele Fragen auf. Einige davon, vor allem solche aus entwicklungspolitischer Perspektive, richteten wir an den Freiburger Professor für Entwicklungspolitik, Theodor Dams. Hier seine Antworten. Die Fragen stellte David Seiber.

HK: Im Gegensatz zu früheren Sozialenzykliken setzt Johannes Paul II. in seiner jüngsten Entwicklungszyklika vorwiegend theologische und politische Akzente. Lehrformeln oder Leerformeln?

Dams: Angesichts der pessimistischen Einschätzung der Lage der Menschen in Entwicklungsländern ist ihre Frage berechtigt: Wo werden Handlungsanweisungen in der Enzyklika konkret angeboten? Doch soll die Enzyklika ja als „pastorales Dokument“ verstanden werden, das die „moralische Dimension der Entwicklung“ herausstellen möchte. Der Papst lehnt es ab, „wirtschaftliche und politische Systeme oder Programme vorzulegen“;

oder diese als „Dritten Weg zwischen Liberalismus und Marxismus“ verstanden wissen zu wollen. – Für einen engagierten Entwicklungspolitiker, der in dieser Enzyklika nach „Lehrformeln“ für konkretes Handeln sucht, werden viele der verwendeten Begriffe wie „Leerformeln“ klingen. – Jedoch: Zu jeder „entwicklungspolitischen Akzentsetzung“ gehört ein Bekenntnis, das Auskunft über zugrunde liegende Werte gibt.

HK: Der Papst versucht in erster Linie das Entwicklungsverständnis durch Zurechtrücken des ethischen Koordinatensystems zu vertiefen und so den Antagonismus Industrieländer – Entwicklungsländer durch Bloßlegung verfehlter sittlicher Verhaltensweisen („Besitzgier“, „Machtstreben“, „Strukturen der Sünde“) auf den Punkt zu bringen. Schonungslose Aufdeckung eines ethischen Vakuums oder übermäßige Moralisierung von Problemzusammenhängen, die in der praktischen Arbeit nicht weiterführt?

Dams: Ist es wirklich „übermäßige Moralisierung“? Wir sollten selbstkritisch bekennen: Auf der einen Seite ge-